

Antworten von:

Name	Vorname	Titel	Partei	Kandidiert für
Engstfeld	Stefan		Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	OB-Kandidat der GRÜNEN Düsseldorf



Stefan Engstfeld

Frage 1:

“Leben und leben lassen” - das rheinische Motto bringt es auf einen einfachen, aber meiner Meinung nach auch richtigen Punkt. Auch als es (zahlenmäßig) noch eine religiös-weltanschauliche Mehrheit in unserer Stadt gab, war es richtig und wichtig, den Glauben oder Nichtglauben der Minderheiten zu schützen. Die heutige Vielfalt aus diversen Minderheiten macht diesen Weg umso wichtiger.

Gleichzeitig ist es aus meiner Sicht wichtig anzuerkennen, dass viele Strukturen, Institutionen und Traditionen weiterhin religiös geprägt sind. Diese Prägung verändert sich nicht simultan mit der Entwicklung der weltanschaulichen Entwicklung bei den Einwohner*innen. Wichtig ist mir, dass wir diskussions- und kompromissfähig sind und bleiben. Denn gerade bei einer zunehmenden Vielfalt der Düsseldorfer*innen werden uns keine absoluten und statischen Linien helfen. Wir werden unser Zusammenleben laufend gemeinsam diskutieren und ausgestalten müssen. Zentrale Bezugspunkte für politische Entscheidungen sind selbstverständlich das Grundgesetz und der Humanismus.

Frage 2:

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgehend reformiert wird. Bundestag und Bundesregierung müssen das kirchliche Selbstbestimmungsrecht mit den Rechten der Beschäftigten in Einklang bringen. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts zeigen die Notwendigkeit.

Diese zentralen Weichenstellungen müssen auf Bundesebene getroffen werden. In der kommunalen Zusammenarbeit können wir "nur" im direkten Dialog mit den Kooperationspartner*innen auf unsere Standards der Antidiskriminierung drängen. Dabei ist es mir wichtig, die Einrichtungen und Institutionen sowie die jeweiligen Trägerschaften individuell zu sehen. Denn sie verhalten sich nicht alle gleich sondern nutzen die vorhandenen rechtlichen Rahmen unterschiedlichen aus bzw. sind mehr oder weniger progressiv.

Frage 3:

Wir setzen uns für bekenntnisfreie Schulen ein. Gemeinschaftsschulen sind teilweise unter Druck geraten bzw. wurden - nach unserem Eindruck - in der Schulentwicklung gegenüber den konfessionell gebundenen Schulen eher benachteiligt. Unser Ziel ist, dass Eltern und Kinder in allen Stadtteilen ein bekenntnisfreies Angebot haben neben konfessionell gebundenen Schulen. Eine Initiative für eine (oder mehrere) Weltanschauungsschule(n) in Düsseldorf stehe ich offen gegenüber. Wichtig ist mir, dass die Eltern umfassend informiert und einbezogen werden. Die Stadt kann dazu einen transparenten und strukturierten Prozess anstoßen und begleiten.

Frage 4:

Wir setzen uns generell für mehr Transparenz im Immobilienmarkt ein, nicht nur, aber auch bei kirchlichen Eigentum. Jede Mieter*in soll erfahren können, wer der wirtschaftlicher Vermieter ist. Eigentlich hat der Bund mit dem Transparenzregister ein Verzeichnis geschaffen, in dem Gesellschaften (auch Grundstücks- und Investmentgesellschaften) die natürlichen Personen angeben müssen, die letztlich hinter ihnen stehen. Allerdings erweist sich dieses oftmals als „zahnloser Tiger“, da Gesellschaften Eintragungen nicht vornehmen. Hier muss sich Düsseldorf gegenüber den zuständigen Bundesbehörden dafür einsetzen, dass dies nicht hingenommen wird und notfalls Bußgelder gegen solche Gesellschaften verhängt werden.

Frage 5:

Ja, ich setze mich für eine kommunale Unterstützung der Projekte der säkularen Organisationen. Die genannten Beispiele zeigen, dass Sie wichtige kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen und Impulse anbieten. Über die bereits genannten Kooperationen mit einzelnen Ämtern oder städtischen Institutionen hinaus kann ich mir auch finanzielle Zuschüsse vorstellen. Bei der Projektförderung ist mir wichtig, dass die Stadt sie für die Inhalte und Ziele der jeweiligen Projekte gewährt, nicht aufgrund der religiösen oder weltanschaulichen Ausrichtung der Antragsteller*innen.